



BERICHT

Juni 2007

STRATEGISCHER ANALYSEBERICHT

Publikation des Dienstes für Analyse und Prävention (edpa)

VERTRAULICH

Organisierte Kriminalität und Nachrichtendienst aus der GUS

Historische Beziehungen zwischen Nachrichtendiensten und Kriminalität	1
Kriminelle Organisationen heute	1
Nachrichtendienste heute: "FSBisierung" des Staates?	2
Beziehungen zwischen organisierter Kriminalität und Nachrichtendiensten	3
Situation in der Schweiz	6
Massnahmen	11
Nachrichtendienste Russland	12
L'essentiel en bref, Punto della Situazione, Main Findings	13
Quellenverzeichnis	17

Die Kernaussagen

PROBLEMSTELLUNG UND ABGRENZUNG

Nach dem Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) hat der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) den Auftrag, vorbeugende Massnahmen zu treffen, um frühzeitig Gefährdungen durch verbotenen Nachrichtendienst zu erkennen (Art. 2 Abs. 1). Zudem ist er verpflichtet, die zuständigen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen, indem er ihnen Erkenntnisse über das organisierte Verbrechen mitteilt, namentlich wenn solche bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsbehörden anfallen (Art. 2 Abs. 3).

In den letzten Jahren mehren sich beim DAP die Hinweise, wonach Vertreter der organisierten Kriminalität aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) enge Verbindungen zu den Nachrichtendiensten dieser Staaten unterhalten. Die deutschen Nachrichtendienste sprechen sogar von „symbiotischen Beziehungen“ zwischen organisierter Kriminalität und Nachrichtendiensten.

Im DAP wurden solche Beziehungen bislang nur in Einzelfällen untersucht. Entsprechend unsystematisch ist daher auch das vorhandene Wissen.

Vor allem in Russland wurden die Nachrichtendienste, in erster Linie der FSB, seit Putins Amtsantritt entscheidend gestärkt. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Macht und der globalen Expansionsstrategie Russlands im Energie-sektor ist es daher an der Zeit zu untersuchen, welche Rolle die Nachrichtendienste und die organisierte Kriminalität spielen, ob Verbindungen zwischen ihnen bestehen, wie sich diese Verbindungen gestalten und wie sie sich in der Schweiz manifestieren.

Der vorliegende Bericht gibt einen kurzen historischen Überblick über die Beziehungen zwischen dem KGB und der kriminellen Welt in der Sowjetunion und präsentiert die heutigen Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen kriminellen Organisationen und Nachrichtendiensten der GUS vor allem mit Bezug auf die Schweiz.

Folgende Fragen stehen im Vordergrund:

- > Gibt es heute Beweise oder zumindest Hinweise für eine Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und organisierter Kriminalität?
- > Welchen Charakter hat eine allfällige Zusammenarbeit, wer zieht welchen Nutzen daraus?
- > Ist die Schweiz von solchen Aktivitäten betroffen und wenn ja, in welchem Masse?

Grundlage des Berichts sind vor allem Erkenntnisse des DAP aus der Spionageabwehr, Meldungen ausländischer Partnerdienste sowie offene Quellen. Da Russland in der GUS sowohl im Bereich Spionage als auch organisierter Kriminalität die höchste Präsenz hat, liegt das Schwergewicht dieses Berichts auf Russland.

• Von den Aktivitäten betroffen sind verschiedene Wirtschaftszweige: Neben dem Banken- und Finanzsektor, der sich vor allem für Geldwäscherei eignet, sind auch Ölhandel, Biotechnologie, nicht näher spezifizierter Handel und Transport betroffen. Man muss auch vermuten, dass gelegentlich Geschäftsstrukturen mit beliebigem Zweck geschaffen werden, um illegalen Aktivitäten nachzugehen.

• Bestehende Firmenstrukturen tauchen häufig in neuen Zusammenhängen wieder auf. Besonders bei den zur Nordex-Gruppe gehörenden Firmen in der Schweiz lässt sich beobachten, dass sie vermutlich von diversen Gruppierungen zur Geldwäscherei benutzt wurden und werden.

• Verschiedene Verbindungen von organisierter Kriminalität und Nachrichtendienst laufen beim Geldwäschereiskandal der Bank of New York zusammen. Das deutet darauf hin, dass bei diesem Fall, bei dem schätzungsweise 7 Milliarden Dollar veruntreut wurden, tatsächlich beide Seiten mit einem gemeinsamen Ziel zusammengearbeitet haben.

• Es lässt sich feststellen, dass in vielen Geschäftsstrukturen immer die gleichen Schweizer Anwälte und Treuhänder vertreten sind. Man kann davon ausgehen, dass Netzwerke von Schweizer Bürgern bestehen, die mit ihren Dienstleistungen die geschäftlichen Aktivitäten der Nachrichtendienste und krimineller Organisationen unterstützen. Ob diese Personen von den Nachrichtendiensten oder von Vertretern der organisierten Kriminalität rekrutiert wurden, ist nicht bekannt.

• Bei den illegalen Aktivitäten besteht in den meisten Fällen der Verdacht auf Geldwäscherei. Es gibt jedoch auch Bezüge zu Waffenhandel, Proliferation, Frauenhandel und Drogenhandel.

• Es ist offenbar nicht ungewöhnlich, dass Nachrichtendienst-Offiziere ihre offizielle, diplomatische Stellung verlassen, um in der Privatwirtschaft tätig zu werden (z.B. C. R., R. D.). In solchen Fällen drängt sich der Verdacht auf, dass die privaten Geschäftsstrukturen für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt werden. Nachgewiesen werden kann das aber kaum, nicht einmal dann, wenn weitere Kontakte zu den Nachrichtendiensten bekannt sind.

• Eine eigentliche Systematik der Beziehungen zwischen Nachrichtendienst und organisierter Kriminalität konnte nicht eruiert werden. Die gegenwärtigen Entwicklungen, vor allem der zunehmende Einfluss des FSB und die Tendenz zum „gelenkten Kapitalismus“, deuten darauf hin, dass der FSB auch im Ausland eine genaue Kontrolle sämtlicher wirtschaftlicher Aktivitäten von Russen und russischen Unternehmen anstrebt. Angesichts der verbreiteten Korruption im FSB kann auch angenommen werden, dass Kriminelle sich die Gunst oder auch Dienstleistungen des FSB durch Korruptionsgelder sichern. ■

Organisierte Kriminalität und Nachrichtendienst aus der GUS

1. Historische Beziehungen zwischen Nachrichtendiensten und Kriminalität

Die Entstehung der organisierten Kriminalität (OK) in der GUS ist eng mit der Gefängnis- und Lagerkultur der Sowjetunion verbunden.¹ Mit der Ende der 1920er-Jahre einsetzenden Massenrepression stieg die Zahl der politischen Häftlinge in den Gefängnissen und Lagern rasch an. Die Inhaftierten wurden in grosse Zellen eingeteilt und dort mehr oder weniger sich selbst überlassen. Dadurch entwickelte sich rasch eine Hierarchie und eine Gruppenordnung, die wenn nötig mit radikalen und brutalen Methoden erhalten wurde. An der Spitze der Hierarchie standen meist professionelle Verbrecher. Da die politischen Häftlinge als potenzielle Unruheherde galten, begannen die Sicherheitsdienste, mit den professionellen Verbrechern zusammenzuarbeiten: Diese sollten die Ordnung und Disziplin im Lager sicherstellen und erhielten dafür ihre Hand und gewisse Privilegien. Dieses Übereinkommen blieb lange unangefochten, wurde dann aber in einem Dekret fixiert, das den Einsatz von gewöhnlichen Verbrechern im Kampf gegen die als „Volksfeinde“ geltenden politischen Häftlinge erlaubte. Die „Autoritäten“ unter den Verbrechern begannen hiernach, sich als „Voy v zakone“, als „Diebe im Gesetz“ zu bezeichnen. Sie bildeten die kriminelle Elite der Sowjetunion und leisteten ihren Beitrag zur Ordnung und Konsolidierung der kriminellen Welt. Sie entwickelten einen eigentlichen Verhaltenskodex, zu dessen wichtigsten Prinzipien die Nichtmischung in Politik und Wirtschaft sowie die Absage an eine geregelte Arbeitsfähigkeit gehörten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs versuchte Stalin, die erstarrten kriminellen Eliten zu schwächen und ihren Einfluss einzuschränken. Das führte aber zu Unruhen und Aufständen in den Lagern, was den Staat dazu zwang, die Zusammenarbeit mit den Verbrechern weiterzuführen. Die

kriminellen Autoritäten in den Lagern waren unterdessen mächtig und verfügten auch über gute Kontakte zur Aussenwelt. Ihre wichtigsten Einnahmequellen waren Schmuggel von Edelmetallen und Kunstgegenständen, Erpressung von Untergrundlehrern, Betäubungsmittelhandel und Raub von Entlohnungen der Staatsbediensteten.

In den 1990er-Jahren setzte mit dem Zerfall der staatlichen Macht eine zunehmende Korruption der staatlichen Strukturen ein. Die Polizei galt Ende der 1980er-Jahre als der korrupteste Teil des Staatsapparats. Auch in der kriminellen Welt kam es zu Veränderungen: den ethnischen Rassen, die die Tradition der Diebe im Gesetz hochhielten, standen zunehmend Gruppierungen aus dem Kaukasus gegenüber, die nach politischen und wirtschaftlichen Einfluss strahlten und die Diebesregeln modernisieren wollten. Dies führte zur Spaltung der vormals geschlossenen Gemeinschaft. Der Zerfall des Staates und seiner Strukturen, die Öffnung der neu entstandenen Nationen sowie die wirtschaftlich schlechte Lage zu Beginn der 1990er-Jahre trugen das alles zum Entstehen neuer krimineller Formationen bei.

Nach der Unabhängigkeit Russlands wurde auf letzters Anweisung die Mitgliedschaft des KGB um rund 100'000 Personen reduziert. Mit ihrem Ausscheiden und ihrem Kontakt zu den entlassenen Mitarbeiter für die Verbrecherwelt höchst attraktiv.

So entstand das heutige organisierte Verbrechen aus den Strukturen der Diebe im Gesetz, aus ehemaligen KGB-Leuten und einer Vielzahl korrupter Beamter und Verwalter staatlichen Eigentums.

2. Kriminelle Organisationen heute

Kriminelle Organisationen aus der GUS sind nach wie vor sehr mächtig. Laut Einschätzung des russischen Innenministeriums sind sie in Russland bereits in die wichtigsten Wirtschafts- und Industriebereiche vorgedrungen und kontrollieren die Indust-

rie ganzer Regionen. Nach Angaben des früheren russischen Generalstaatsanwalts und heutigen Justizministers Vladimir Ustinov stellt die russische OK eine wahre Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes dar. Neben den klassischen Tätigkeitsgebieten wie Drogenhandel und Waffenhandel sind sie mehr und mehr auch im Handel mit den natürlichen Ressourcen des Landes und im Banken- und Finanzbereich tätig. Schmuggel, Steuerhinterziehung und Mehrwertsteuerbetrug gehören ebenfalls zu den äusserst einträglichen Deliktfeldern. Hauptertragsquellen sind immer noch staatliche Gelder, für deren Veruntreuung es zahlreiche Möglichkeiten gibt. Dazu gehört in erster Linie der Zugang zu den Energie- oder Metallressourcen des Landes, die zu Inlandspreisen erworben und unter Umgehung der Ausfuhrbestimmungen im Ausland erheblich teurer weiterverkauft werden. Die illegal erworbenen Mittel werden häufig unter Vorgabe legitimer Geschäftstätigkeiten über Scheinfirmen im Ausland gewaschen.

Eintige grosse Organisationen sind international, auch weltweit, aktiv. Sowohl im Herkunfts- wie auch im Ausland drängen sie zumeist auf die legale Wirtschaft.

Ihre Unternehmen verfügen häufig auch im Ausland über eigene Sicherheitsdienste und technisch ausgeglichene Überwachungsverbände. Es werden zum Teil richtige ND-Operationen oder Observationen durchgeführt mit dem Ziel, Informationen über Korruption zu erlangen. Vertreter der OK sind häufig gut ausgebildet, politisch informiert und haben enge Verbindungen zu den Machtkräften ihres Herkunftslandes. Sie sind in der Lage, in schwierigen Situationen zu arbeiten, sind mobil und verfügen über ausgeglichene Kommunikationsnetzwerke.² Wichtige Geschäftsmethoden bleiben Erpressung und Korruption, was angesichts der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch für Staaten mit hohem Lebensstandard eine erhebliche Bedrohung darstellt. Nach verbreiteter Einschätzung besteht für westliche Staaten die Gefahr der Umwandlung der Wirtschaft, und mehr noch die Gefahr der Infiltration und Korruption russischer Institutionen.

3. Nachrichtendienste heute: „FSBisierung“ des Staates?

Wie in allen stabilen Staaten habe auch in der Sowjetunion der Staatssicherheitsdienst KGB eine zentrale Stellung unter den staatlichen Organen. Obwohl die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion heute freier und offener geworden sind, hat sich daran nicht viel geändert. Vor allem in Russland lässt sich seit Putins Amtsantritt feststellen, dass die Nachrichtendienste (ND) wieder viel mehr Gewicht erhalten. Putin selbst hat 17 Jahre im KGB gearbeitet und war von 1998 bis zu seiner Wahl zum Präsidenten 1999 Direktor des FSB. Nach seinem Amtsantritt als Präsident ernannte er seinen langjährigen Vorgesetzten und Weggefährten Nikolai Patruschew zum Chef des FSB und unterstellte diesen direkt dem Präsidenten. Im Zuge diverser Reformen wurde der FSB und sein Einfluss im Staat stetig ausgebaut. Die Grenztruppen und die Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information (FAPSI) wurden grössenweise in den FSB integriert, auch die militärischen Operationen in Tschetschenien wurden unter dem Stichwort Terrorismusdeklaration unter die Verantwortung des FSB gestellt. Im Laufe der Zeit schloss Putin mindestens 150 ehemalige KGB- bzw. FSB-Kader in wichtige politische und ökonomische Bereiche ein.³ Dazu gehören die Präsidialadministration, die Vertretung des Präsidenten in den Regionen, die föderalen Zolldienste (die als überaus einträgliche Einnahmequelle gelten), der Sicherheitsrat und auch einzelne Regierungsstellen. FSB-Verbindungen haben auch der stellvertretende Sekretär des Ständigen Komitees des Unionsstaates Russland-Weissrussland, der Generalsekretär der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der ständige Vertreter Russlands bei der Nato.

Auch in der Wirtschaft finden sich FSB-Leute, häufig häufig im Gas- und Ölbereich: zwei stellvertretende Vorstandsvorsitzende und ein Vorstandmitglied von Gazprom, stellvertretende Präsidenten von Rosneft, Slawneft und Sibur, Vorstandsmitglieder von Inera und Novatek sowie Generaldirektoren bzw. stellvertretende Generaldirektoren von Sibur. Zudem wurden wichtige private Ökonomen wie Jakow und Sibirsk unter Putins Präsidentschaft von den staatlichen Firmen Rosneft

und Gutgruppen übernommen und stehen damit ebenfalls unter dem Einfluss der so genannten Stawki. Einige sprechen heute nicht mehr nur von „geleiteter Demokratie“, sondern auch von „geleiteter Kapitalismus“¹ und gehen davon aus, dass die Vertreter der Nachrichtendienste und übrigen Staatsorgane dabei nicht nur Staatsinwesen, sondern auch materielle Eigeninteressen verfolgen.²

Der FSB ist mittlerweile so eng mit allen zentralen Lebensbereichen verflochten, dass sich die Frage stellt, wie viel staatliche Überwachung und Lenkung mit dieser starken Position verbunden ist. Im August 2005 hat die russische Regierung verfassungswidrig verfügt, dass der FSB und das Innenministerium uneingeschränkten Zugriff auf die Datenbanken der Telekommunikationsgesellschaften erhalten. Sie können dadurch sehen, wer mit wem wie lange telefoniert, wo sich die Gesprächsteilnehmer aufhalten usw. Damit haben sie auch einen beachtlichen Einblick in die Privatsphäre der Bürger.

3.1. Aktivitäten im Ausland

Im Ausland hat sich das Interesse der GRU-Nachrichtendienste von militärischen auf wirtschaftliche Fragen verlagert. Vor allem der russische Auslandsnachrichtendienst SWR spielt eine aktive und unverzichtbare Rolle bei der Expansion der russischen Wirtschaft im Ausland. Immer mehr europäische Dienste stellen eine starke Präsenz und ein reges Interesse der russischen Nachrichtendienste an der Wirtschaft generell und insbesondere an strategisch wichtigen Wirtschaftsbereichen wie dem Energiesektor und der Kommunikations- und Informationstechnologie fest. Ganz besonders gilt das für den baltischen und ostmitteleuropäischen Raum, wo Russland offenbar versucht, seine einstige Hegemonie wiederherzustellen.

ND-Angehörige operieren im Ausland unter Tarnung als Diplomaten, Funktionäre für internationale Organisationen oder auch unter wirtschaftlicher Abdeckung: Russische Firmen im Ausland dienen häufig als Plattformen für nachrichtendienstliche Aktivitäten. So nutzt beispielsweise der größte russische Erdölkonzern Lukoil seine Vertretungen in mittel- und südosteuropäischen Staaten offenbar auch für nachrichtendienstliche Aktivitäten. Die Firma engagiert sich in der Suche nach Zielpersonen für die Informationsgewinnung und ver-

fügt außerdem über einen gut ausgebildeten Spionagedienst und eine technische Ausrüstung auf dem Niveau von Geheimdiensten. Oft beruhen neue Geschäftspartnerschaften nicht oder zu spät, dass hinter der Firma russische Dienste stehen, die versuchen, strategisch wichtige Erkenntnisse über Öligeschäfte zu gewinnen.³ Dass die Ölfirma eng mit den Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, belegen auch die Notizen eines Angehörigen der politischen Nachrichtendienste. Aus diesen geht hervor, dass ein persönlicher Geschäftsmann dem hochrangigen Offizier der russischen Nachrichtendienste Vladimir Algaew Unterstützung beim Verkauf der staatlichen Daxizper Raffinerie an die russische Lukoil zugesichert hatte.⁴

Es werden auch Wirtschaftskommissionen und Gremien zur Förderung der russischen Wirtschaft im Ausland gegründet, deren Mitglieder vorwiegend den verschiedenen Nachrichtendiensten angehören. Sie sammeln strategisch relevante Informationen und versuchen, Einfluss auf Finanzströmungen von wichtigen Unternehmen zu gewinnen.

Eine immer größere Rolle bei der Beschaffung von Informationen spielen die akkreditierten russischen Journalisten. Seit etwa 2003 greifen die russischen Dienste wieder vermehrt auf Journalisten zurück, weil als Journalisten getarnte Nachrichtendienstangehörige für Auswärtige keine von echten Journalisten zu unterscheiden sind. Zudem eignen sich die Berufsmethoden von Journalisten hervorragend zur Informationsgewinnung. In Deutschland ist die Zahl der als Journalisten eingetragenen Geheimdienstmitglieder während der vergangenen Jahre offensichtlich wieder angestiegen.⁵

4. Beziehungen zwischen OK und ND

Schon lange wird vermutet, dass viele Vertreter der OK von den Staatsorganen, darunter auch dem FSB, geleitet werden. So lebt etwa Senyor Meglitschik, eine der mächtigsten Figuren der russischen OK, der seit 2001 vom FBI wegen Betrug und Geldwäscherei gesucht wird, unentgeltlich in Russland. Es wird behauptet, er sei sogar bei den russisch-ukrainischen Verhandlungen zum Teil persönlich anwesend gewesen.⁶ Bisher wurde keine Führungsfigur der OK in Russland zur Verantwortung gezogen, was kaum mit mangelnder Ermitt-

langwierigen erklärt werden kann, sondern dafür spricht, dass die Chefs der kriminellen Organisationen hohe Provisionen getrieben.

Dass umgekehrt viele ehemalige Angehörige des KGB oder der Nachrichtendienste ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihr Beziehungsnetz kriminellen Organisationen zur Verfügung stellen, ist ebenfalls bekannt.¹⁰ Man kann auch davon ausgehen, dass einige der ehemaligen ND-Offiziere ihren früheren Diensten weiter Informationen liefern.¹¹ Die Form und Art der Zusammenarbeit hier genau zu bestimmen, ist äusserst schwierig, weil bei ehemaligen ND-Mitarbeitern nie ganz klar ist, ob sie immer noch für den Nachrichtendienst arbeiten oder gar zu einer weiteren Zusammenarbeit gezwungen werden.

Viele ehemalige ND-Lawis besetzen auch wichtige Posten in Banken, Sicherheitsfirmen und sonstigen grossen Firmen, die ein Interesse an ihren guten Kontakten zu den Staatsorganen haben.¹² Da diese Firmen auch Anziehungspunkte für kriminelle Organisationen sind, fliessen dort viele Informationen zusammen, die für beide Seiten nutzbar gemacht werden können.

Nicht zuletzt besteht durch die weitverbreitete Korruption und die geringe Ermittlung bei den Mitarbeitern der Nachrichtendienste eine Bereitschaft, nachrichtendienstliche Erkenntnisse, zum Beispiel kompromittierendes Material für Erpressungen, an politische oder wirtschaftliche Interessengruppen zu verkaufen.¹³

Verschiedene Dienste neigen zur Ansicht, dass nicht nur einzelne oder ehemalige ND-Angehörige in OK-Aktivitäten involviert sind, sondern dass die Nachrichtendienste selbst ein Interesse an einer systematischen Zusammenarbeit haben.

Als Motiven für eine Zusammenarbeit oder zumindest für ein kurzfristiges Zweckbündnis mangelt es nicht: Von Seiten der Nachrichtendienste besteht ein Interesse, bereits bestehende internationale Firmen- und Beziehungsnetze der OK für eigene Zwecke zu nutzen. Weiter haben sie ein Interesse daran, wirtschaftliche Aktivitäten im Allgemeinen und besonders jene der OK zu kontrollieren. Und schliesslich ist nicht zu vergessen, dass bei der OK für Dienstleistungen oder auf Erpressungsbasis sehr viel Geld zu holen ist.

Von Seiten der OK besteht das Interesse an einer Zusammenarbeit primär im Schutz vor Polizeikontrollen und Strafverfolgung. Weiter haben Kriminelle ein Interesse an Informationen über Konkur-

renzen und an vereinfachten Reise- und sonstigen Formalitäten. Überdies können den OK-Verbreitern die nachrichtendienstlichen Kontakte für die Imagepflege und für den Einstieg in wirtschaftliche Schlüsselpositionen nützlich sein.

4.1. Nordex und Seabeco

Schon beim Zerfall der Sowjetunion wurde spekuliert, dass der KGB grosse Summen des Staats- und Parteivermögens über private Firmen ins Ausland geschleust hat. Das Geld soll teils zur Finanzierung politischer Aktivitäten verwendet, teils aber auch für private geschäftliche Aktivitäten abgezweigt worden sein. Hierfür diesen Vorgängen standen oft Personen, die bereits im Aussenhandel tätig waren und über Firmenstrukturen und Beziehungen im Ausland verfügten, so beispielsweise Sowjetbürger, die aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit in den 1970er-Jahren hatten ausreisen dürfen.

Im Zentrum standen die Firmen Nordex von Grigori Lutschanski und Seabeco von Boris Binstein. Lutschanski, 1945 geboren, Sohn einer jüdischen Familie aus Lettland, soll eigens vom KGB rekrutiert worden sein, um ein internationales Flitznetzgeflecht aufzubauen, und so gründete er 1989 die Nordex mit Hauptsitz in Wien und Tochtergesellschaften auf der ganzen Welt, auch in der Schweiz. Offiziell handelte die Firma mit Rohenerzeugnissen aus Russland und anderen Ländern der GUS. Die Firma wurde immer wieder mit Korruption, Unterschlagung, Geldwäscherei und Waffenhandel in Verbindung gebracht, sodass ein Ausbau der geschäftlichen Tätigkeiten nicht mehr möglich war. Auch bei den Ermittlungen rund um den Geldwäschereifall der Bank of New York blühten verschiedene Spuren zu Lutschanskis Firmennetz. Lutschanski, der zum Zeitpunkt der Nordex-Gründung bereits wegen Unterschlagung verurteilt war, hat weitreichende Kontakte zu Politikern in Russland, der Ukraine, Kasachstan und Israel. Auch zu kriminellen Kreisen, vor allem in Russland, aber auch in Lettland, unterhält er enge Verbindungen. In der GUS wurden keine Ermittlungen gegen ihn geführt. Gemäss offenen Quellen lebt er heute in Moskau.

Auch die Seabeco-Gruppe von Boris Binstein wird von verschiedenen Diensten verdächtigt, an der Veruntreuung und illegalen Ausfuhr von Staatsvermögen beteiligt zu sein. Binstein (1947) stammt

wie Lutschanski aus dem Baltikum und ist jüdischer Abstammung. Er ist ehemaliges KGB-Mitglied und steht wohl noch immer in Kontakt mit russischen und auch israelischen Nachrichtendiensten, 1979 emigrierte er nach Israel und begann, ein internationales Firmennetz aufzubauen, das offiziell vor allem mit Öl, Gold, Diamanten und chemischen Produkten handelt, die Sebaco-Gruppe. Von 1992 bis 1999 war eine Zweigstelle der Sebaco auch in der Schweiz registriert. Wie Lutschanski war auch Birilatin in der Politik der Nachfolgestaates der Sowjetunion sehr gut vernetzt: der Moskauer Bürgermeister Luschkows, die ehemaligen ukrainischen Präsidenten Kravtschuk und Kutschma und der ehemalige moldawische Präsident Snegur gehörten etwa zu seinem Freunds- oder Bekanntschaftskreis. Sehr gut vernetzt war er aber auch in der kriminellen Welt. Seine Sebaco-Gruppe wird mit Geldwäscherei, mit Veruntreuung von Gold aus Kirgisien, mit ausländischen Finanzoperationen über die Nordex, mit Unterschlagung von Hilfgeldern, mit engen Verbindungen zur Solntsevskaia sowie mit Auftragsmorden in Verbindung gebracht. In den 1990er-Jahren war Birilatin Gegenstand zahlreicher Rechtsfallforschungen, aber keine der gefällten Ermittlungen (Kanada, Belgien, Schweiz) hat bis jetzt zu einer Verurteilung geführt.

Weiter im Fall Nordex steht im Fall Sebaco keine je bewiesen werden, dass der KGB hinter illegalen Finanzoperationen steht. Sollte es Beweise geben, so liegen sie bei Stellen, die kein Interesse an einer Aufarbeitung der Geschehnisse haben. Die guten politischen Kontakte, die die beiden Protagonisten auf höchster Ebene pflegten, sowie der schnelle Reichtum, den sie im Handel mit natürlichen Ressourcen erworben haben, sprechen allerdings dafür, dass sie kaum ohne Wissen und Zustimmung der staatlichen Machorgane agieren konnten.

4.2. Aktuelle Einschätzungen

Auch heutige Einschätzungen, wonach die Nachrichtendienste mit kriminellen Organisationen zusammenarbeiten, sind nicht stringent beweisbar. Doch gibt es einige Quellen, die von einer systematischen Zusammenarbeit ausgehen:

Deutschland verfügt über recht präzise Informationen über die Nachrichtendienste der GUS, weil russische Truppen bis Mitte der 1990er-Jahre in

Deutschland stationiert waren und die Nachrichtendienste immer noch stark vertreten sind. Ausserdem besteht in Deutschland durch die vielen Aussteller, die zurückgeführt sind, auch eine breite Basis für nachrichtendienstliche oder kriminelle Aktivitäten.

Aus Berichten des bayerischen Verfassungsschutzes geht hervor, dass es in Deutschland russische Geschäftsleute gibt, die im Verdacht stehen, sowohl nachrichtendienstlich als auch im Bereich der OK tätig zu sein.²⁴ Sie unterhalten Kontakte zu hochrangigen Politikern und Geschäftsleuten in Russland und auch zu Wirtschaftsvetretern in Deutschland. Sie tätigen Investitionen vor allem im Immobilienbereich und in der Tourismusbranche. Der Dienst vermutet auch, dass russische Nachrichtendienste und kriminelle Organisationen die Gründung von Firmengemeinschaften in Auftrag geben, die vorwiegend der Geldwäscherei dienen.²⁵ Die agierenden Personen reisen häufig aus privaten Gründen nach Bayern und verfolgen das Ziel, wirtschaftliche Machtpositionen auszubauen.²⁶ Im Jahre 2005 konnte der bayerische Verfassungsschutz feststellen, dass Personen aus der GUS in Deutschland und besetzten Staaten illegale Erdöltransfers absckließen und dass ein grosser Teil dieser Personen früher führende Positionen in militärischen, meistens nachrichtendienstlichen Einheiten in der GUS innehatte.²⁷

Ein anderer Dienst geht davon aus, dass einzelne ND-Mitarbeiter gezielt in kriminelle Strukturen in Russland und im Ausland eingebunden werden, um dort als Agenten die Strukturen der kriminellen Organisationen nachrichtendienstlich zu nutzen.²⁸

Aus einem weiteren Land ist bekannt,²⁹ dass aktive FSB-Mitarbeiter im Ausland Informations-, Schutz- und Sicherheitsdienste anbieten. Sie verfügen über grosse Vermögen, kaufen Immobilien, gründen Firmen und sind unter anderem an illegalen Wafflenhandel beteiligt. Sie pflegen Kontakte untereinander, zur FSB-Zentrale in Moskau, zur russischen Regierung und auch zu den Vertretern der Nachrichtendienste ihres Aufenthaltslandes. Häufig handelt es sich um Leute mit Kontakten zu den Eliteneinheiten der sowjetischen Armee.

Nach Aussagen des Historikers Galotti überschneidet kriminelle Organisationen an Orten, wo die Aktivitäten des SWR eingeschränkt wurden (z.B. in Lateinamerika), einen Teil der Arbeit des SWR. Im Gegenzug sichert der SWR wichtigen russischen Kriminellen Rückversicherung im Ausland zu.³⁰

5. Situation in der Schweiz

Die Schweiz ist sowohl für die GUS-Nachrichtendienste als auch für kriminelle Organisationen ein attraktiver Standort. Die zentrale Lage in Europa, die durchlässigen Grenzen zu den Nachbarstaaten, die hoch entwickelte Infrastruktur im Transport- und Kommunikationswesen stellen für beide Interessengruppen ideale Bedingungen dar. Hinzu kommt, dass die Kompetenzen sowohl der Polizei als auch der Nachrichtendienste der Schweiz relativ bescheiden sind. Die Schweiz kennt ausserdem eine großzügige Praxis der Visaausstellung. Hier erhalten auch identifizierte Nachrichtendienstoffiziere oft noch Visum und Akkreditierung, auch wenn einige Nato-Staaten in ihrer Praxis restriktiver sind. Auch bei Personen, die normalerweise der OK ausrechen sind, sind die rechtlichen Hürden für eine Verweigerung der Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung hoch.

Für die Nachrichtendienste sind auch die zahlreichen internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz von Interesse, so etwa die Vereinten Nationen (UNO), das Bureau International du Travail (BIT), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Welthandelsorganisation (WTO). Unter den offiziellen Mitarbeitern dieser Organisationen sind viele Nachrichtendienstoffiziere, die im Rahmen ihrer offiziellen Mission nachrichtendienstlich tätig werden. Die häufigen Konferenzen und Tagungen bieten einen idealen Rahmen, um Kontakte zu hochrangigen Repräsentanten aus verschiedenen Bereichen und Ländern zu knüpfen.

Die Schweiz ist auch als Industrie- und Technologiestandort für ausländische Nachrichtendienste interessant. Die wichtigsten Zielobjekte sind hier die Pharmaindustrie und verwandte Bereiche, der Telekommunikationssektor, die Computertechnologie und nicht zuletzt der Banken- und Finanzsektor.

Kriminelle Organisationen profitieren von folgenden Faktoren: niedrigste Steuerbelastung für Firmen, liberale Regelungen im Unternehmensrecht, effizientes Bankensystem mit herausragenden Dienstleistungen im private banking, generell hoher Standard im Dienstleistungssektor sowie in Ausbildung, Bildung und medizinischer Versorgung. Zu den liberalen Regelungen im Unternehmensrecht gehört, dass es für Ausländer verhältnismässig

einfach ist, in der Schweiz eine Firma zu gründen. Personen ohne Niederlassungs- oder Aufenthaltbewilligung brauchen nur eine Person mit Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz als Manager zu engagieren sowie die erforderlichen Registrierungsgebühren und das Gründungskapital aufzubringen. Eine Firma in der Schweiz dient nicht nur als Basis für die Geschäftstätigkeit im übrigen Europa, sie eröffnet häufig auch die Möglichkeit, eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz zu erlangen. Darüber hinaus werden im Namen von Firmen unter Umgehung der Bestimmungen über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer häufig auch Immobilien erworben.

5.1. Nachrichtendienstliche Aktivitäten in der Schweiz

Die Schweiz ist für die russischen Nachrichtendienste von grosser Bedeutung. Dies geht sowohl aus den starken Residuen²⁹ als auch aus der hohen Position der hier beschäftigten Offiziere hervor. Vergleicht man die Zahl der ND-Angehörigen in den letzten Residuen in den westereuropäischen Ländern, so liegt Deutschland an erster Stelle, unmittelbar gefolgt von der Schweiz. In den letzten Residuen waren arbeiten Angehörige des SWR und des GRU unter diplomatischer Abdeckung (Henschel Bern, Handelman Bern, Generalkonsulats Geff, Bern, Strážný Mission der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen in Geff und unter Abdeckung als Funktionäre in den erwähnten internationalen Organisationen in Geff.

Rund 75 Prozent der russischen ND-Offiziere sind in Geff tätig, was damit zusammenhängt, dass Geff das Zentrum der internationalen Organisationen in der Schweiz ist. Daran lässt sich auch ableiten, dass die starke Präsenz der russischen Nachrichtendienste nicht nur mit schweizerischen Zielobjekten, sondern auch mit den in der Schweiz vertretenen internationalen Organisationen zusammenhängt.

Es liegen Anzeichen vor, wonach auch der FSB, der im Rahmen der Terroristen-, OK- und Präventionsrückmeldung im Ausland tätig werden kann, in der Schweiz aktiv ist. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass der FSB gemäss dem präsidialen Dekret vom 23. November 1994 und vom 3. April 1995 beauftragt ist, kommerzielle Strukturen im Ausland für seine nachrichtendienstlichen Bedürfnisse zu nutzen. Der FSB hat auch diesen

Dekreten seine Aktivitäten im Ausland ausweicht und nicht heute in manchen Bereichen sogar in Konkurrenz zum SWR, so etwa bei der OK-Bekämpfung. Wie die anderen ND-Offiziere arbeiten auch PSB-Angestellte in den offiziellen Vertretungen unter Abdeckung als Diplomaten oder als Funktionäre in internationalen Organisationen. Zudem sind sie unter wirtschaftlicher Abdeckung auch in privaten kommerziellen Strukturen tätig.

Unter wirtschaftlicher Abdeckung ist in der Schweiz auch der SWR tätig. SWR-Offiziere werden für einige Jahre in Joint Ventures oder in grosse staatliche Unternehmen, vor allem im Ölhandel, im Transportwesen sowie in Finanzdienstleistungsunternehmen, ernannt. Einige dieser Offiziere waren früher unter traditioneller diplomatischer Abdeckung tätig.

Generell lässt sich feststellen, dass die Nachrichtendienste bei Geschäften im Ausland vermehrt ihren Einfluss geltend machen und dabei auch auf nachrichtendienstliche Verbindungen mit anderen Staaten zurückgreifen. Das lässt sich beispielsweise bei der im Jahr 2005 in Zug gegründeten Firma Nord Stream verdeutlichen. Die Firma hat den Zweck, Planung, Konstruktion und Nutzung der nordatlantischen Gaspipelines sicherzustellen, die Gas von Russland direkt nach Deutschland transportieren soll. Die Firma gehört zu 51 Prozent der russischen Gazprom, zu je 20 Prozent den deutschen Konzernen Wierostal AG und E.ON AG und zu 9 Prozent der Niederlande Gasunie. Einziger Verwaltungsrat der Nord Stream ist der Zuger Anwalt Uwe J. Haanheer. Offizielle Quellen berichten, dass Haanheer von 1987 bis 1990 im Verwaltungsrat der Zuger Firma Astula AG sass, die unter Umgehung der CoCom-Bestimmungen Beschaffungshandel für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR organisierte. Laut einem veröffentlichten Sitzungsprotokoll galt die Astula für die DDR als langfristiger Schwerpunkt bei der Beschaffung von Embargowaren.¹⁹ Man vermutet, dass Putin schon während seiner Zeit in Dresden mit Haanheer in Kontakt stand. Geschäftsführer der Nord Stream ist der Deutsche Matthias Warnig. Warnig war Major der DDR-Staatssicherheit und arbeitslos (Beweisen zufolge mit Putin ebenfalls aus der gemeinsamen Dresdener Zeit bekannt. Gegenwärtig ist Warnig Chef der Dresdener Bank in Russland, einer wichtigen Geschäftspartnerin von Gazprom.

5.2. Aktivitäten der OK in der Schweiz

Kriminelle Organisationen aus der GUS betreiben in der Schweiz vor allem Geldwäschen. Sie haben Vertreter, die in der Schweiz Firmen für ihre illegalen Geschäfte und für Geldwäscherei gründen. Meist sind sie international gut vernetzt und haben gute Kontakte zum Markt und zu den staatlichen Organen ihres Herkunftslandes. Die illegalen Geschäfte besetzen häufig im Vorzeichen reiner Geschäftstätigkeiten und Erträge durch Überfakturierung, im Fingieren von Darlehen und entsprechenden Zinszahlungen sowie in der Manipulation des Unternehmensaufwandes. Ein verbreitetes Mittel ist auch der Subventionsbetrug bei der Abwicklung von Zwischengeschäften, vor allem im Rohstoffsektor. Die Rohstoffe werden zu subventionierten Inlandpreisen gekauft und zu Weltmarktpreisen weiterverkauft (Transitprägung). Ziel ist in erster Linie, illegale (häufig dem Staat abgezweigte) Gelder in den Westen zu verschleusen und auf private Konten zu leiten. Als Ursprungsdokumente stehen dabei Verstromung staatlicher Gelder, Betrug und Diebstahl im Vordergrund. Aber auch Ertrahmen aus illegalem Handel (Drogen, Waffen etc.) werden über diese Kanäle geschoben.

In der Schweiz soll es über 700 Firmen geben, die von Russen kontrolliert werden oder in deren Russen Einsitz im Verwaltungsrat haben. 60 Prozent dieser Firmen befinden sich in der deutschen und 34 Prozent in der Westschweiz.²⁰ Laut einer Schätzung der russischen Steuerbehörden liegen rund 15 Prozent aller russischen Bankanlagen im Ausland in der Schweiz. Im Jahre 2004 betrug die Kapitalflucht aus Russland noch rund 8 Milliarden Dollar, wobei Experten davon ausgehen, dass der Anteil des illegal erworbenen Kapitals 40 Prozent ausmacht. Es lässt sich daher leicht ausrechnen, dass der Anteil illegalen Kapitals, der in den vergangenen Jahren in die Schweiz geflossen ist, beträchtlich ist.

Vertreter krimineller Organisationen der GUS haben in der Schweiz auch einige Investitionen im Immobiliensektor getätigt, vor allem am Genfersee und im Tessin. Häufig werden solche Käufe im Namen von Firmen getätigt, was eine Überprüfung der eigentlichen Besitzer erschwert, wenn nicht unmöglich.

Zu Investitionen in die Schweizer Wirtschaft liegen einige heuristisch-gut bewiesene Hinweise vor, wonach Vertreter kritischer Organisationen aus der GUS Anteile an strategisch wichtigen Betrieben erwerben oder Einträge in den Verwaltungsrat solcher Firmen gesammelt haben. Gemäss sind die Vertreter kritischer Organisationen aus der GUS bemüht, sich in Wesen als seriöse Geschäftsteilnehmer mit weitreichenden politischen Beziehungen zu präsentieren und den Einstieg in traditionelle Unternehmen mit gutem Ruf zu finden. Bei den von Verarmwirtschaft und Korruption geprägten Geschäftsmethoden in den Herkunftsländern zeichnen sich dagegen keine Veränderungen ab.

5.3. Zusammenarbeit zwischen ND und OK in der Schweiz

Was allgemein gilt, gilt auch für die Schweiz: Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen ND und OK gibt es vorerst nicht. Allerdings gibt es zahlreiche Personen und Firmen, die sowohl Kontakte zu den Nachrichtendiensten wie auch zu OK unterhalten.

Geldwäscherei über OK- und ND-Strukturen?

Die folgenden Fallbeispiele geben Hinweise darauf, dass durch Personen mit Kontakten sowohl zur OK als auch zu den russischen Nachrichtendiensten in der Schweiz Gelder gewaschen wurden:

► Der Russe L. B., ein ehemaliger SWR-Offizier der über beträchtliche finanzielle Mittel verfügen soll, arbeitete 2001 bis 2003 für die Firma F. in der Schweiz. Die Firma unterhält Geschäftskontakte zur Nordex und wird immer wieder mit der OK in Verbindung gebracht.

► Der Russe W. E., ein ND-Offizier, steht in engen Zusammenhängen mit einer Firma, gegen die im Kanton Zürich von 2002 ein Strafverfahren wegen Betrug und Veruntreuung läuft. Die Firma wurde durch eine Verfügung der Eidgenössischen Bankenkommission im Herbst 2002 wegen Umgehung von Finanzgesetzen ohne Lizenz liquidiert. Die Firma machte in der Moskauer Filiale unübersichtliche Derivatgeschäfte mit Bewilligung zentraler Offshorebank, bei welchen die Mehrheit der Anleger zehntausende Dollars verlor. Es liegen Hinweise vor, wonach über diese Firma auch beträchtliche Geld-

summen gewaschen wurden. W. E. wird der OK zugerechnet und soll enge Kontakte zur Sicherheitspolizei unterhalten. Seit Januar 2004 ist er Vertreter Tischtennisclubs im russischen Föderationsrat und als solcher Inhaber eines Diplommasters. Er unterhält noch weitere geschäftliche Kontakte zu Schweizer Firmen.

► Von 1993 bis zu ihrem Konkurs 1998 liess die russische Bank D eine Verzinsung in Genf. Die Bank vor 1998 aus Kapital des KGB gegründet worden und war zu Beginn der 1990er-Jahre eine der ganz wenigen russischen Banken, die von der russischen Zentralbank die Lizenz für Transaktionen mit harter Währung erhalten liess. Zahlreiche Spitzenbeamten der Bank und ihrer Filialen in Westeuropa kamen der dem KGB und pflegten auch im Ausland Kontakte zu russischen ND-Offizieren. Auch der Generaldirektor der Schweizer Verzinsung ist Angehöriger des SWR und stand in regelmässigen Kontakt zu den russischen Diensten in der Schweiz.

Der Präsident der Moskauer Bank pflegte Kontakte zur Nordex und zu weiteren Firmen und Personen in deren Umfeld. Verschiedene Quellen verraten, dass über die Bank D Gelder der OK gewaschen wurden. Offene Quellen berichten auch davon, dass die Bank D von Mitte der 1990er-Jahre von Semyon Magilitskiy kontrolliert wurde.¹⁰ Die Bank unterhielt ein massives Korrespondenznetz auf der ganzen Welt, darunter auch die Bank of New York, die im Zeitraum des grossen Geldwäschereiskandals Ende der 1990er-Jahre stand. Sie stand weiter in Kontakt mit Personen, die der OK zugerechnet werden, so mit C. B., der wiederum mit der Solartrekkers in Verbindung stehen soll. C. B. wird verhaftet, Chef einer Organisation zu sein, die einen internationalen Präsidentschaftswahl unterhält. Darüber hinaus steht er offensichtlich mit dem GRU in Verbindung und pflegt im Ausland auch Kontakte zu weiteren russischen Nachrichtendiensten.

► Die Bank D unterhielt in Zürich von 1993 an die Tochterfirma A. A wurde 1993 mit einem Investitionskapital von 2,3 Millionen Franken gegründet und 1999 aufgelöst. Die Firma war in Kolumbien involviert, bei dem grosse Mengen der Droge von Kolumbien nach Florida verschoben wurden. Verwaltungsrat und späterer Direktor dieser Firma war H. O. Er soll zumindest frühere Kontakte zum russischen ND gehabt haben und über das Verschwinden von grossen russischen Goldreserven informiert sein. Seit 1994 ist er Präsident der da-

mal neu gegründeten Firma Z, die heute an seiner Privatadresse in Lullywil domiciliert ist und Handel, Import und Export mit Gütern aller Art betreibt. Mithilfe von H. O. Schweizer Staatsbürger. Einer seiner Verwandten steht in direktem Kontakt zu Grigori Latschenko, dem Gründer der Nordex.

> Eine weitere in der Schweiz registrierte Bank mit Bezügen zur OK und zum ND ist die Bank K, die früher einem Russen gehörte. Die Bank hatte zwei Filialen in der Schweiz, die beide früher von der Firma M mit Sitz in der Schweiz verwaltet wurden. Die Firma M war eng mit dem Goldwäschereifall der Bank of New York verbunden. Zu diesem Firmennetz in der Schweiz gehörten noch fünf weitere Firmen, die teils an den gleichen Adressen registriert waren. Zwischen 1997 und 2001 nahm der russische ND-Officer W. P. Einsitz im Verwaltungsrat von vier dieser Firmen, für eine war er als Direktor tätig. Die Interessen der Firmengruppe wurden von zwei Schweizer Anwälten vertreten, die bereits in verschiedenen Goldwäschereifällen, unter anderem im Fall Latschenko, involviert gewesen waren. Erwähnenswert ist weiter, dass im Umfeld dieser Firmengruppe ein weiterer Schweizer Anwalt tätig war, der für zahlreiche Schweizer Firmen arbeitet, die zur Nordex-Gruppe gehören.

Die Firmengruppe hat heute einen anderen Namen und wird von einem Genfer Anwalt geleitet.

> Zahlreiche Bezüge zu ND- und OK-Kreisen finden sich auch im Falle der in der Schweiz wohnhaften und 2005 eingebürgerten Russin R. D. Er war von 1992 bis 1997 Mitarbeiter bei der russischen Handelsvertretung in Bern und wird von mehreren Dutzenden verdächtigt, für die russischen Nachrichtendienste tätig zu sein. Seit 1994 ist er zudem Präsident der Schweizer Vertretung der russischen Firma R, die offene Quellen zufolge unter starkem Einfluss krimineller Organisationen stand und bei der zahlreiche offizielle Repräsentanten Gelder veruntreut haben. In Russland lagten in diesem Fall seit 2002 Ermittlungen gegen verschiedene Verantwortliche wegen Veruntreuung.

Hinweisen zufolge ist R. D. an Geschäften im Real-Estate beteiligt. So soll er über eine Million Franken in die Renovation eines Cabarets investiert haben. In die polizeilichen Ermittlungen ist auch eine Filiale des Reichsbankers V involviert, die von einer Frau aus Russland betrieben wird. Das Reichsbankers V soll unter anderem auch die Güter von

Präsidenten organisieren. Die Liaison unterhält Kontakte zur russischen Botschaft in Bern. Einziges Verwaltungsratsmitglied des Reichsbankers V ist der Schweizer T. K., der in weiteren Firmen vertreten ist, die massenhafte Kontakte zur russischen OK unterhalten. T. K. ist auch bei der Firma B seit der Gründung im Verwaltungsrat vertreten. Ausserdem ist er Verwaltungsratsmitglied einer weiteren Firma, welche verdächtigt wurde, profitorientierte Kontakte zu Lixson zu unterhalten. Bei einer Hausdurchsuchung im Jahre 1996 wurde festgestellt, dass T. K. in dieser Firma dem Russen R. D. ein Büro zur Verfügung gestellt hatte.

Eindringen der Nachrichtendienste in Strukturen der OK?

Ein weiteres Beispiel zeigt, wie die Nachrichtendienste möglicherweise Strukturen übernehmen, die früher von der OK kontrolliert wurden.

> Im Januar 1996 wurde in der Nähe von Genf die Firma U gegründet, die im Handel und Transport von Drogenstoffen tätig war. Präsident der Firma war der Russe F. P. Dieser war zudem Präsident der heute in Lippolden stehenden Firma Y, die eine sehr ähnliche personelle Besetzung aufweist und ebenfalls im Handel und Transport von chemischen Produkten tätig war. F. P. war russischen Angaben zufolge an einem Auftragsverstoß beteiligt und steht in Kontakt mit mehreren russischen kriminellen Organisationen. Gemäss Angaben eines ausländischen Nachrichtendienstes gehört die in Fern-Russland domicilierte Mitarbeiterin Y zur kriminellen Organisation von Fern-Russland ermittelt seit 2001 gegen die Gründer dieser Firma wegen Steuerhinterziehung.

Die Firma U änderte 1999 ihren Namen und F. P. verliess den Präsidentenposten, um weiter als Mitglied des Verwaltungsrats mit Unterschrift zu werden zu arbeiten. Im Jahr 2000 hatte F. P. auch keine Unterschriftenberechtigung mehr. Drei Jahre später änderte die Firma wiederum ihren Namen und ihr Zweck bestand nun in dem Verkauf und Unterhalt von Schiffen und Luftfahrzeugen. Im Februar 2004 änderte die Firma zum dritten Mal ihren Namen und beschäftigte sich fortan mit Forschung und Dienstleistungen in Biotechnologie und Pharmazie sowie mit Nutzung, Koordination und Kontrolle von schweizerischen und ausländischen

Laborerkrankung. Im August 2004 nahmen vier neue Personen Einzug in Verwaltungsrat. Seit Dezember 2004 pflegte die Firma repräsentative Kontakte mit dem ersten Sekretär der russischen Botschaft in Paris, C. B., der in Frankreich im Verdacht steht, ein SWR-Offizier zu sein. Seit Februar 2006 lebt C. B. in Genf und ist Direktor der Firma U. Der Baron F. P. ist im November 2005 formell aus der Firma ausgeschlossen, ist aber weiterhin Hauptaktionär und offenbar einflussreich.

Die gemauerten Hintergründe der tiefen Wurzeln in dieser Firma sind nicht bekannt. Einiges spricht jedoch dafür, dass der SWR die Kontrolle über diese Firma ausübt. Die in Russland laufenden Untersuchungen können als Druckmittel verwendet worden sein, um die bestehende Firma für nachrichtendienstliche Zwecke zu nutzen. Grundsätzlich wird auch, dass Firmen und Strukturen in der Schweiz für ganz unterschiedliche Zwecke aus Operationszwecken genutzt werden.

Abgesprungene oder entlassene Nachrichtendienst-Offiziere?

In den folgenden Fällen geht es um mutmaßliche Geldwäscher durch Personen mit Kontakten zu den Nachrichtendienstern wie auch zur OK. Solche politische Interventionen von Seiten Moskaus lassen aber vermuten, dass die Personen keine nicht (mehr) im Auftrag der Nachrichtendienste tätig sind. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Besonders haben die Verdächtigen zu sehr in die eigene Tasche gearbeitet, oder sie sind in sehr ins Visier der westeuropäischen Justiz geraten, sodass eine weitere Verbindung zu den Nachrichtendiensten nicht mehr opportun erschien. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass politische Interventionen wie Interpolanfragen oder Rechtsbehelfen auch nur den Zweck haben können, offiziell Distanz zu markieren, und nicht zwingend auch zu strafrechtlichen Massnahmen führen müssen.

1994 reiste der mutmaßliche ND-Offizier O. M. in die Schweiz ein und arbeitete zunächst als Geschäftsführer der Offshore V. 1995 gründete er eine Stiftung die unter anderem von der russischen orthodoxen Kirche getragen wurde. 1997 erhielt O. M. vom damaligen russischen Premierminister Viktor Tschernomyrdin das Honorar Forderungsgesetz

der russischen Staaten im Drittstaaten einzuführen. Dabei sollte er vom damaligen russischen Generalkonsul in der Schweiz, einem identifizierten SWR-Offizier, unterstützt werden. Inzwischen soll er auch Nachträge worden sein, für Tschernomyrdin Geld in Ausland zu platzieren. O. M. war damals Inhaber eines Moskauer Konzerns, der verschiedene Geschäftsfirmen, Banken und Versicherungen veranlasst unter anderem auch die bereits erwähnte Firma N. Der Konzern der zu 40 Prozent vom orthodoxen Patriarchen in Moskau getragen wurde, soll von Tschernomyrdin kontrolliert worden sein. 4,3 Millionen Tonnen Öl zu verkaufen und mit dem Erlös die Kreditlinien zu finanzieren. Ein Teil des Erlöses soll jedoch von O. M. unterschlagen worden sein.

1998 wurden in Genf, in Italien und Deutschland Untersuchungen wegen Geldwäscherei gegen O. M. und andere eröffnet. Die nationale Firma von der O. M. Geschäftsbeziehungen unterhält, soll in Drogenhandel mit lateinamerikanischen Kartellen involviert gewesen sein. Im Jahre 2001 ging eine Meldung von Interpol Moskau ein, wonach O. M. des Betruges verdächtig wurde. 2002 wurde sich Russland mit einem Antragsverfahren an die Schweiz. Seit Ende 2002 hat sich O. M. vorliegenden Angaben zufolge nicht mehr in der Schweiz auf und ist flüchtig. Seine Schweizer Firmen und die mit ihm gewundene Stiftung werden weiterhin gepflegt. O. M. unterhält zahlreiche Kontakte zu westeuropäischen Vertretern der russischen OK.

Im Januar 2003 wurde der russisch-italienische Staatsbürger E. M. bei seiner Einreise von Frankreich in die Schweiz kontrolliert. E. M., der mit seiner Frau in Frankreich lebt, hatte sich in diesem der Werksleiter mehrmals in Genf aufgehalten und war damals Direktor der 1991 gegründeten Firma Q (1997 gelöscht). Er stand im Verdacht ein SWR-Offizier zu sein, und war auch mit einer Frau in Kontakt, die ebenfalls als ND-Ingenieurin gilt. Im Jahre 2000 wurden in Genf Untersuchungen gegen den wegen Verdachts der Geldwäscherei geführten Seine Frau das in Frankreich rund 30 Millionen französische Franc in Immobilien investiert und ist dort ebenfalls in eine Geldwäschereimischung involviert. Informationen aus Russland zufolge ist E. M. ein Dieb im Gesetz und einer der Gründer der kriminellen Organisation Lipovskaja, die zur Solovjovskaja gehört. Bei seiner Einreise in die Schweiz im Januar 2003 war E. M. mit einem Fahrzeug

unterwegs, das auf eine Schweizer Firma zugewiesen war. Er behauptete, mit dieser Firma nicht zu tun zu haben, doch zeigte sich, dass er mit dieser Firma geschäftliche Verbindungen pflegte. Schreibweise Firma ist sein Geschäftspartner I. B., gegen den in Genf ebenfalls wegen Geldwäsche Ermittlung wird. Über mehrere Firmenkonten bei Credit Suisse für die I. B. oder E. M. wirtschaftlich befreit waren, sind grosse Summen auf private Konten verschoben worden.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass tatsächlich Netzwerke von OK und ND existieren und in der Schweiz aktiv sind. Summarisch kann noch erwähnt werden, dass zahlreiche internationale und identifizierte ND-Abgeordnete mehrmals jährlich zu geschäftlichen Zwecken in die Schweiz reisen.

6. Massnahmen

- Der DAP hat nicht die Kompetenz, im Bereich OK Informationen zu beschaffen. Dadurch ist es ausserordentlich schwierig, Zusammenhänge zwischen OK und Nachrichtendiensten zu erkennen. Schon die Kontrolle zahlreicher Wirtschaftskriterien durch die OK stellt eine Hürde für die innere Sicherheit der Schweiz dar. Sollte sich zeigen, dass gewisse Strukturen für nachrichtendienstliche Zwecke instrumentalisiert werden, so wird die Gefahr nicht geringer, zumal vor allem strategisch wichtige Bereiche wie der Energie- oder der Kommunikationssektor davon betroffen sind. Eine genaue Beobachtung der Entwicklung ist daher zwingend notwendig, was angesichts der Beschränkungen in der Informationsbeschaffung vermehrte Ressourcen in der Analyse erfordert.

Im Einzelnen bedeutet das:

- genaue Auswertung sämtlicher verfügbarer Informationen in diesem Bereich sowohl im Hinblick auf nachrichtendienstliche als auch auf OK-Hintergründe;
- genaue Analyse der BKP-Ermittlungsberichte und entsprechender Informationsaustausch;
- laufende Aufklärung des vorliegenden Analyseberichts;
- Sowohl die OK, wie auch die Nachrichtendienste arbeiten transnational. Gerade die Schweiz mit den zahlreichen internationalen Organisationen und

der starken Vertretung der Nachrichtendienste stellt eine ideale Basis für transnationale Operationen dar. Der Austausch mit anderen Nachrichtendiensten ist daher für die Prävention von höchster Bedeutung und sollte weiter gepflegt und intensiviert werden.

- In vielen laufenden Verfahren im Bereich OK GUS geht es um Geldwäsche, und zum Beweis der Geldwäscherei ist die Schweiz auf den Beweis einer kriminellen Vortat angewiesen, die meist im Herkunftsland der Täter verübt wurde. Diese Beweise lassen manchmal lange auf sich warten. Da feststeht, dass es in der Schweiz ein Netz von Anwälten, Tradanten und weiteren Personen gibt, die die kriminellen Aktivitäten in der Schweiz unterstützen, sollte dieses Schweizer Netzwerk vertieft analysiert und auf seine Verbindungen zur OK und zu den Nachrichtendiensten untersucht werden. Möglicherweise gehen aus einer solchen Analyse auch Ansatzpunkte für gerichtspolizeiliche Ermittlungen hervor.

- Bei der Auswertung des Ausländer- und des Bürgerrechts sollten in jedem Einzelfall whenever genaue Anklagen der Hintergründe erfolgen. ■

- 1 Vgl. Ines Rahr, Fachwissen: Geschichte.
- 2 Nachrichtendienstliche Information (2000).
- 3 Schneider FSBstruktur, S. 2 ff.
- 4 Groupes occidentaux.
- 5 De Waler, Krewel, und Havel: Report.
- 6 Nachrichtendienstliche Informationen (2004 und 2005).
- 7 Vesselin, Beter: Bericht.
- 8 Vgl. dazu Schömann: Spionage, S. 30 und BVV: Verfassungsschutz, S. 3.
- 9 Cui samant.
- 10 Nachrichtendienstliche Information (2000).
- 11 Nachrichtendienstliche Information (1995).
- 12 Nachrichtendienstliche Information (2000).
- 13 Nachrichtendienstliche Information (2002).
- 14 BayStM, Verfassungsschutzbericht 2002, S. 228.
- 15 BayStM, Verfassungsschutzbericht 2001, S. 212.
- 16 BayStM, Verfassungsschutzbericht 2003, S. 233.
- 17 BayStM, Verfassungsschutzbericht 2005, S. 236.
- 18 Nachrichtendienstliche Information (1995).
- 19 Nachrichtendienstliche Information (2004).
- 20 S. dazu Green, S. 17-19.
- 21 Nachrichtendienstgesprächswörterbuch unterhalb einer offiziellen Vernetzung.
- 22 Hoffmann: Schöblers Pipeline.
- 23 Eschmann, Fahrig, Hoff, Rosenblum.
- 24 Moscow Telegraph.

Nachrichtendienste Russland

• **FSB (Federalnaja sluzhba bezopasnosti: Föderaler Dienst für Staatssicherheit)** Nachfolgeorganisation des KGB, heutiger Inlandsnachrichtendienst. Nach der Auflösung des KGB wurde auch die Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information FAPSI und der Föderale Grenzschutz FPS in den FSB integriert. Der FSB nimmt allgemeine Verfassungsschutzaufgaben wie Spionageabwehr, Bekämpfung des politischen Extremismus und Bekämpfung von Terrorismus und OK wahr. In jüngster Zeit soll die Überwachung der Telekommunikation und des Internetes große Bedeutung gewonnen haben. Zur Bekämpfung von Terrorismus, OK und Proliferation ist der FSB auch befragt, im Ausland tätig zu werden. Position: direkt dem Präsidenten unterstellt. Mitarbeiter: ca. 280'000.

• **SWR (sluzhba wneschni razwedki, Dienst für Auslandsaufklärung)** Der Auslandsnachrichtendienst wurde 1991 als selbstständige Einheit aus dem KGB herausgelöst. Der SWR ist zuständig für die SWR-Auslandsaufklärung in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Politik. Er hat auch den Auftrag, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung des Landes zu überwachen. Er arbeitet auch mit Hilfe angeschlossener Agenten und soll fremde Nachrichtendienste zuillardern.

Position: direkt dem Präsidenten unterstellt. Mitarbeiter: ca. 10'000 - 13'000.

• **GRU (Glavnoje razwedwatelnoje uprawlenie: Hauptverwaltung für Aufklärung)** Der GRU ist als militärischer Nachrichtendienst zuständig für militärpolitische, strategische, taktische und geographische Erkundung sowie Spionage im Bereich der Rüstungstechnik.

Position: dem russischen Verteidigungsminister unterstellt.

Mitarbeiter: ca. 12'000.